

25. Jänner 2006
OTS-Meldung

Umwelt/Bauten/Naturschutz/Politik/Verkehr/Slowakei

Marchfeldautobahn und Bundesstraßengesetz – LH Pröll „schummelt“

Wien (OTS) - In einer gemeinsamen Presseaussendung kritisieren die Umweltorganisation VIRUS und die Bürgerinitiative Marchfeld (BIM) den Landeshauptmann von Niederösterreich für seine Blockadedrohungen in Sachen Bundesstraßengesetz. Wolfgang Rehm, Sprecher der BIM und Verkehrsreferent von VIRUS: "Landeshauptmann Pröll erweckt mit dieser Vorgangsweise den Eindruck eines kleinen Kindes, das schreit, weil es sein Spielzeug nicht bekommt".

Pröll hat vorige Woche Minister Gorbach eine Frist von 2 Monaten gesetzt, um seine drei Wunschprojekte (Marchfeldautobahn, B303, B334) ins Bundesstraßengesetz zu übernehmen, und andernfalls mit Blockade gedroht. Bei insgesamt 5 eingereichten Projekten wären davon allerdings überwiegend seine eigenen Wünsche betroffen.

Für die Umweltorganisationen ist wegen der mangelhaften Qualität der Einreichungen nicht einmal gewährleistet, dass die Projekte die notwendige Strategische Umweltprüfung überhaupt bestehen. Rehm weiter: "Der Landeshauptmann glaubt offensichtlich, dass er ein Recht hat, auch mit einem Nicht-Genügend aufzusteigen, allerdings wird ja nicht nur in der Schule geschummelt". Eine laut Rehm "Pröll'sche Mathematik" führt dazu, dass zwar die beim Verkehrsministerium eingereichten Unterlagen die Gesamtkosten für alle drei Projekte mit 1350 Millionen beziffern, diese dennoch -laut Landeshauptmann - jetzt nur mehr 850 Mio Euro betragen sollen.

Die angeblich vorliegende Zustimmung der Slowakischen Republik zur Marchfeldautobahn erweist sich ebenfalls als Halbwahrheit, wie Rehm ausführt: "Eine Absichtserklärung des Verkehrsministers Prokopovic, eine Straßenverbindung durch das Marchfeld bei Stupava in die Autobahn D2 einmünden zu lassen, sollte nicht mit einem verbindlichen Vertrag über eine Marchquerung bei Marchegg verwechselt werden." Im übrigen würde sich nun rächen, dass sich das Land Niederösterreich geweigert hat, ein bilaterales Projekt auch bilateral zu planen".

Mit Argwohn kommentiert Rehm mögliche rein politische Entscheidungen: "Sollte die Absicht bestehen, trotz aller fachlichen Mängel die Projekte in jedem Fall ins Bundesstraßengesetz aufzunehmen - Staatssekretär und Pröll-Parteikollege Kukacka hat in seiner jüngsten Aussendung entsprechendes angedeutet - wäre dies eine Verletzung der SUP-Richtlinie der Europäischen Union". Dies würde sicher nicht so einfach hingenommen werden. "Minister Gorbach hat vor kurzem eine behutsame Entscheidung auf rein sachlicher und finanziell vernünftiger Basis angekündigt, hoffentlich bleibt es dabei, wir werden ihn beim Wort nehmen" so Rehm abschließend.

Rückfragehinweis:
Wolfgang Rehm
Mobil: 0699/12419913
mailto:bimm@wuk.at
mailto:virus.umweltbureau@wuk.at
www.bi-marchfeld.at

OTS-ORIGINALTEXT UNTER AUSSCHLISSLICHER INHALTLICHER
VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS
OTS0296 2006-01-25/17:40